Worten Taten folgen lassen: Unser Appell an den PlUm-Ausschuss

Ziel: Ein gemeinsamer, maßvoller Weg ohne Spaltung der Gemeinde.

Am vergangenen Freitagabend fand in Schwochel ein Dorfschafts-Informationsabend statt, an dem auch Bürgermeister Andreas Zimmermann teilnahm. Er betonte, als überzeugter Demokrat die Bürgerbeteiligung und die direkte Demokratie zu begrüßen, **mit dem Bürger als höchstem Souverän in der Gemeinde**. Zudem erläuterte er sachlich den weiteren Weg: die Entscheidung des PlUm-Ausschusses am 11.11.2026 und, falls erforderlich, das Verfahren hin zu einem Bürgerentscheid. Dafür danken wir ihm!

Wir verstehen diese Aussagen als Zusage, die direkte Demokratie ernst zu nehmen. Es wäre ein starkes Signal, wenn auch der PlUm-Ausschuss und die Fraktionen diesen Worten Taten folgen ließen und das Bürgerbegehren annähmen.

Ein Begehren aus der ganzen Gemeinde
1636 Unterschriften wurden abgegeben, 1449 davon sind gültig. Das entspricht fast 20 % der Stimmberechtigten und liegt nah am Quorum, das für einen erfolgreichen Bürgerentscheid erforderlich ist. Das Begehren „Was zu viel ist, ist zu viel“ wird damit nicht nur von wenigen direkt Betroffenen getragen, sondern von Bürgerinnen und Bürgern aus der gesamten Gemeinde.

Die Entscheidung am Mittwoch, 11.11.26
Am Mittwoch entscheidet der PlUm-Ausschuss über Annahme oder Ablehnung des Bürgerbegehrens. Dabei geht es nicht darum, wer sein Gesicht wahrt oder verliert. Eine Annahme wäre ein Zeichen von Größe: Gewählte Vertreter würden das Ergebnis des Bürgerbegehrens zur Kenntnis nehmen und anerkennen, dass eine so weitreichende Entscheidung nicht ohne die Bürger getroffen werden sollte.

In Gesprächen mit uns haben Vertreter verschiedener Fraktionen angemerkt, dass das Gesamtausmaß des Vorhabens zu Beginn vielleicht nicht überschaubar war. Am Mittwoch besteht die Möglichkeit, dieses Ausmaß zu überprüfen und anzupassen. Die Gemeindevertretung Ahrensbök könnte sich damit von Kommunen unterscheiden, in denen Ergebnisse von Bürgerbegehren nicht berücksichtigt und Bürgerentscheide durchgesetzt wurden, teils mit deutlichem Ausgang, wie zum Beispiel in Kasseedorf.

Unsere Haltung
Die Initiatoren des Bürgerbegehrens sind weder gegen die Gemeinde noch gegen die Gemeindevertreter oder erneuerbare Energien. Wir sehen, dass Batteriespeicher notwendig sind. Der in Schwochel geplante Speicher liegt jedoch aus unserer Sicht am falschen Standort, und aus den vorliegenden Unterlagen geht nicht hervor, wie groß er tatsächlich werden soll.

Zudem werden den Kommunen immer mehr Aufgaben übertragen, ohne dass sie die nötigen Mittel dafür erhalten. Hier sehen wir den Schleswig-Holsteinischen Gemeindetag und den Schleswig-Holsteinischen Landkreistag als richtige Ansprechpartner. Die Sanierung kommunaler Haushalte sollte nicht zulasten der Bürgerinnen und Bürger und der Natur gehen.

Wir wünschen uns, dass Bürgerschaft, Verwaltung und Gemeindevertretung gemeinsam einen maßvollen Weg finden, den die Bürger mittragen können. Das Thema darf die Gemeinde nicht spalten.